ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Mitgliederversammlung*

Tagesordnungspunkt: *#9.2 weitere inhaltliche Anträge*

A1NEU2ang: Integration statt Separation

Antragstext

Laut dem österreichischen Integrationsfonds hatten 2021 17% der österreichischen Schüler_innen eine ausländische Staatsbürgerschaft, in Wien waren es sogar 31%[1]. Nach wie vor beeinflussen soziokulturelle und sozioökonomische Ausgangsdaten den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen in Österreich in erheblichem Ausmaß. So verfügen Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger als autochthone Österreicher_innen bloß über einen Pflichtschulabschluss[2]. Auch die Bildungsstandards zeigen, dass Schüler_innen mit Migrationshintergrund tendenziell schlechter abschneiden als jene ohne[3].

Dass Bildung nicht erst mit dem Eintritt in die Volksschule beginnt, ist klar. Elementare Bildungseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zu gelungener Integration: Das Beherrschen der deutschen Sprache, ein Fundament an gemeinsam geteilten Werten und Normen sowie soziale Kompetenzen sind die Grundlagen für Erfolg in der Volksschule. Kaum Kindergartenplätze, überfordertes Personal und große Gruppen verunmöglichen es Elementarpädagog_innen allzu oft jedoch, nach dem geltenden Bildungsrahmenplan zu arbeiten und jedes Kind individuell zu fördern. Hier gilt es anzuknüpfen: Erst wenn die Politik der Elementarpädagogik einen höheren Stellenwert einräumt und von der Berufsgruppe lange geforderte Maßnahmen umsetzt, kann Chancengerechtigkeit sichergestellt werden.

Neben der Elementarpädagogik müssen sich Strukturen des österreichischen Schulsystems grundlegend ändern. Ein Bildungssystem, wie wir es uns vorstellen, trennt Schüler_innen zur Wertevermittlung nicht nach religiöser Zugehörigkeit – stattdessen findet Ethikunterricht für alle im gemeinsamen Rahmen statt. Außerdem stehen wir für eine Schule, in der der Bildungsweg von Schüler_innen nicht durch den Eintritt in die Mittelschule bzw. das Gymnasium implizit vorgezeichnet wird. Bis zum 14. Lebensjahr sollen alle Schüler_innen in der gemeinsamen Schule mit innerer Differenzierung miteinander lernen. Der deutliche

Ausbau von kostenfreien Ganztagsschulen sowohl im ruralen als auch urbanen Raum stellt ebenfalls einen Grundpfeiler des Bildungssystems, wie wir es uns vorstellen, dar[4].

Es ist Zeit, jenen Kindern und Jugendlichen die Chancen zu geben, die ihnen heute viel zu oft fehlen. Mit diesem Antrag wollen wir einen Rahmen bieten, der die Schule zu einem gerechten Ort für wirklich alle Schüler_innen macht.

Freiheit auf dem Weg zu gelungener Integration in der Schule!

Ein wirklich funktionierendes Zusammenleben kann nur zustandekommen, wenn nicht von oben herab vorgeschrieben wird. In diesem Sinne setzen wir auch nicht auf Top-Down-Maßnahmen, um Integration in den Schulen "vorzuschreiben", sondern wollen die Schulen ermutigen, selbstständig die Basis für eine Schulgemeinschaft zu legen, in der jede_r einen Platz findet. Wir sind davon überzeugt, dass vor Ort die besten Lösungen und die besten Konzepte gefunden werden können.

Freiheit für die Schulen: Schulautonomer Integrationsplan

Im Zentrum unseres Konzeptes für gelungene Integration verschiedener Kulturen und Biographien in der Schule steht der schulautonome Integrationsplan. In diesem sollen die Schulen konkrete Maßnahmen festlegen, mit denen sie drei übergeordnete Ziele erreichen wollen: (1) Die Schaffung und Stärkung einer Schulgemeinschaft, in der jede und jeder seinen oder ihren Platz findet. (2) Die Förderung der Erstsprache, denn nur wer seine Erstsprache gut beherrscht, kann auch andere Sprachen erlernen. Noch dazu bereichert eine solche Sprachenvielfalt das Schulleben. (3) Das Erlernen der deutschen Sprache. Sie ist die Basis für eine gelungene Integration und für schulischen Erfolg in Österreich.

Wie die einzelnen Schulen diese drei Ziele erreichen, bleibt ihnen überlassen. Sie sollten hierbei auch dazu ermuntert werden, kreative Projekte zu wagen und neue Ansätze zu probieren. Damit die Qualität des Planes gewahrt wird, obliegt es der Direktion, ihn zu verfassen. Um aber breite Unterstützung innerhalb der Schulgemeinschaft zu garantieren, soll es in der Kompetenz des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA) liegen, ihn zu beschließen In regelmäßigen Abständen sollte dieser schulautonome Integrationsplan evaluiert und neu beschlossen werden müssen.

→ *Wir fordern, dass die Schulen in eigenen Integrationsplänen selbstständig*

Maßnahmen definieren, um das Ziel einer gelungenen Integration aller Schüler_innen in das Schulleben zu erreichen.
--> Wir fordern, dass in regelmäßigen Abständen anonyme Umfragen zum Intergrationsstand zentral an allen Schulen vom Bildungsministerium durchgeführt werden. Auf Basis der dadurch gewonnenen Informationen können die schulautonome Pläne evaluiert werden und falls nötig mit Expert_innen des Bildungsministeriums weiterentwickelt werden.

Transparente Vergabe von Mitteln und Hilfen

Damit den Schulen auch die Mittel an die Hand gegeben werden, um auf Herausforderungen in Sachen Integration gebührend eingehen zu können, wollen wir, dass die Schulen für jede_n Schüler_in mit Nicht-Deutscher Erstsprache zusätzliche Mittel bekommt. Hier sollte auch zwischen den verschiedenen Erstsprachen differenziert werden, denn es ist weitaus einfacher Deutsch zu erlernen, wenn Strukturen in der Erstsprache ähnlich sind (z.B. Niederländisch. Unterscheiden sich sprachliche Strukturen jedoch, ist der Spracherwerb herausfordernder (z.B. Japanisch). Wir sprechen hier von einem Chancenindex. Über die Verwendung dieser zusätzlichen Mittel sollten die Schulen selbstständig im Rahmen ihres schulautonomen Integrationsplanes entscheiden können. Dadurch wird gewährleistet, dass diese Mittel wirklich für das Erreichen von Integrationszielen verwendet werden.

→ Wir fordern, dass die Schulen für jede_n Schüler_in mit Nicht-Deutscher Erstsprache zusätzliche Mittel bekommt, die sie im Rahmen ihren schulautonomen Integrationsplans einsetzten kann.

Unterstützung durch das Ministerium

Wir sehen es aber in der Verantwortung des Bildungsministeriums, die Schulen bei der Ausübung ihrer Freiheit im Rahmen des schulautonomen Integrationsplans zu unterstützen. Hier gilt es, Direktionen gezielt zu schulen, aber auch Raum für Austausch unter den Schulen zu schaffen. Das ermöglicht Schulen,sich an den besten Integrationskonzepten zu orientieren.

→ Wir fordern also, dass das Bildungsministerium Direktionen ausbildet und untereinander vernetzt, damit Wissen in Sachen Integrationskonzepte nicht verloren geht.

Um den Schulen die Erstellung des Integrationsplans zu vereinfachen und das Voneinander-Lernen zu stärken, sollten auch alle Integrationspläne in eine vom Bildungsministerium bereitgestellte, öffentlich einsehbare Datenbank

hochgeladen werden.

→ Wir fordern, dass das Bildungsministerium eine öffentliche Datenbank bereitstellt, in welche alle Integrationspläne hochgeladen werden.

Clusterschulen & Kooperationsmodelle forcieren

Neben dem erstsprachlichen Unterricht gilt es auch, die Auswahlmöglichkeit an lebenden Fremdsprachen an den Schulen zu steigern. In dem derzeit kaum angebotene Sprachen wie etwa Arabisch, Farsi, Paschtu oder auch Ukrainisch verstärkt auch nicht-erstsprachlichen Schüler_innen angeboten wird, werden diese Sprachen aufgewertet und die Basis für ein echtes Verständnis für andere Kulturen wird gelegt. Um ein solches Angebot zu ermöglichen, wollen wir, dass Modelle wie zum Beispiel Clusterschulen oder Lehrkräfte, die in mehreren Schulen unterrichten, forciert werden. Hierbei sollte das Bildungsministerium vor allem mit Anreizen arbeiten und sich darauf konzentrieren, bürokratische Hürden aus dem Weg zu räumen.

→ Wir fordern, dass Schulen die Möglichkeit bekommen beim Fremdsprachenunterricht zu kooperieren, um so das Fremdsprachenangebot zu erweitern.

Lizenzierung von Workshop-Anbietern

Workshops durch schulexterne Personen (z. B. Anti-Diskriminierungs-Workshops) können für die Schüler_innen und für die Schulen großen Mehrwert bringen. Sie spielen eine wichtige Rolle im schulautonomen Integrationsplan. Um die Schulen bei der Suche nach qualitativen Workshop-Anbietern zu unterstützen, sollte das Bildungsministerium hier Lizenzen für regelmäßige Qualitätskontrollen vergeben.

→ Wir fordern, dass Workshop-Anbieter vom Ministerium lizenziert werden können. Dafür müssen sie gewissen Qualitätsstandards entsprechen.

Gezielte, individualisierte Deutschförderung

Lernen ist kein starrer Prozess, der nur in einem gewissen festen Rahmen (Schulunterricht) stattfindet. Nein, jede und jeder lernt den ganzen Tag über im Alltag vor allem im Tun und in der Interaktion mit anderen. Besonders Kinder lernen schnell und tiefgreifend durch Kontakt, Gespräche und das Spiel mit Gleichaltrigen, das gilt insbesondere für das Erlernen von Sprachen. Um also

Kinder, die Defizite in der deutschen Sprache aufweisen, beim Erlernen genau dieser zu fördern, wäre es ein fataler Fehler sie von Gleichaltrigen, die die deutsche Sprache beherrschen, zu separieren. Des Weiteren halten wir es für falsch, dass ein einzelner „Deutschtest“ darüber entscheidet, ob ein_e Schüler_in Defizite in der deutschen Sprache aufweist. Leider passiert genau das im österreichischen Bildungssystem durch die sogenannten „Deutschförderklassen“.

Es kann nicht sein, dass Separation und die Pauschalisierung aller Schüler_innen mit Defiziten in der deutschen Sprache die Antworten auf die Herausforderung Deutsch als Zweit- oder Drittsprache sind.

Aus diesem Grund fordern wir ein System, dass den Fokus auf die Individuen selbst legt und dementsprechend eine Bandbreite an individuellen Fördermöglichkeiten bietet. Echte Integration kann nur funktionieren, wenn Schüler_innen, die Förderbedarf in der deutschen Sprache haben, so wenig wie möglich vom regulären Klassenverband separiert werden. Es braucht viel individuelle Förderung in speziellen Unterrichtsstunden, um die nötigen Missstände abzubauen.

→ *Daher fordern wir eine Abkehr vom starren und pauschalisierenden System der Deutschförderklassen, hin zu einer individuellen Deutschförderung.*

Aus den oben genannten Gründen sprechen wir uns für ein 3-Stufen-Modell aus:

o Die erste Stufe sind Schüler_innen, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen, um der Unterrichtssprache Deutsch zu folgen:

Um Frustration bei den Schüler_innen vorzubeugen und zu vermeiden, dass sie in Unterrichtsstunden sitzen, in denen sie nichts verstehen, sollen Fächer, für die das Verständnis der deutschen Unterrichtssprache zwingend nötig ist, durch gezielten Deutschunterricht ersetzt werden. Dieser Deutschunterricht sollte möglichst abwechslungsreich aufgebaut sein und von Lernspielen und kreativen Lernangeboten geprägt sein, um so möglichst schnell die Grundlagen der deutschen Sprache zu vermitteln. Um trotzdem so viel Kontakt wie möglich zu Kindern, die Deutsch als Erstsprache haben, zu haben, müssen möglichst viele Fächer (Turnen, Zeichnen, Musik …) gemeinsam im Klassenverband unterrichtet werden. Sobald das Sprachverständnis der Schüler_innen ausreicht, um dem Unterricht folgen zu können, sollen sie in die Stufe zwei wechseln.

o Die zweite Stufe sind Schüler_innen, deren Deutschkenntnisse Defizite aufweisen, sodass sie Gefahr laufen in dieser oder folgenden Schulstufen den

Mindestanforderungen des Deutschunterrichts nicht gerecht zu werden: Ob und inwieweit ein_e Schüler_in Förderbedarf hat, sollte der_die unterrichtende Lehrer_in entscheiden, da er_sie die Schüler_innen und ihren Stand am besten kennt. (Bei Schulwechsel/Schulstart, wo möglich in Absprache mit vorigem_r Lehrer_in/Pädagogen_in)

Außerhalb der regulären Unterrichtszeit sollen 2-4 Deutschförderstunden pro Woche stattfinden. Dieser Unterricht muss differenziert und gezielt auf die unterschiedlichsten Bedürfnisse und Defizite der einzelnen Schüler_innen eingehen.

o Die dritte Stufe bilden Schüler_innen ohne deutlichen Förderbedarf in der deutschen Sprache:

Sobald es für Schüler_innen nicht mehr notwendig ist, zusätzlichen Förderunterricht zu besuchen, sollen sie im Regelunterricht entsprechend unterstützt werden.

→ *Wir fordern ein drei Stufen Modell, das gezielte Deutschförderung, abhängig vom individuellen Deutschniveau des_r jeweiligen Schüler_in, ermöglicht.*

Dieses Modell soll eine Art Mindeststandard bilden. Schulautonom kann von ihm abgewichen werden, wenn ein für die jeweiligen Schüler_innen besser geeignetes Förderprogramm entwickelt wird. Essenziell für das 3-Stufen-Modell ist, dass die Art und Weise des Förderunterrichts individuell für die Schüler_innen gestaltet wird. Die unterrichtende Lehrperson entscheidet als Experte_in für die eigenen Schüler_innen dabei darüber, in welche Stufe ein_e Schüler_in fällt und wann man z.B. von Stufe eins in Stufe zwei wechseln kann. Jedoch kann der_die Schüler_in eine Evaluierung durch eine andere Lehrperson beantragen, um potentiellen Biases entgegenzuwirken. Solche Überprüfungen sollen auch stichprobenartig ohne Zutun von Schüler_innen stattfinden, da Betroffene oft selbst nicht wissen, dass sie falsch evaluiert wurden.

→ *Wir fordern, dass Lehrer_innen als Expert_innen für ihre Schüler_innen darüber entscheiden, welche Art der Deutschförderung am besten für einzelne Schüler_innen geeignet ist.*

Tolerantes Schulumfeld schaffen!

Meldestellen für Schüler_innen, die von rassistischer Diskrimierung betroffen

sind

Viele Schüler_innen werden im Schulalltag rassistisch diskriminiert und es gibt keine Meldestelle, an die sie sich melden können. So eine Meldestelle sollte unbedingt eingeführt werden. Somit würden viel mehr Fälle der Diskriminierung gemeldet werden und rechtliche Schritte dagegen eingeleitet werden. Die Meldestelle sollte von Expert_innen in diesem Bereich geführt werden. Im Falle von Diskriminierung sollte diese erfasst werden und in Absprache mit der Meldestelle des Bildungsministeriums passende Schritte vorgenommen werden.

→ Wir fordern, dass es künftig eine Meldestelle in der Bildungsdirektion für Schüler_innen geben soll, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind und die auch nach Meldung, rechtliche Schritte gegen die Person, die die Schülerin/den Schüler diskriminiert einleitet.

Interkulturelle Kompetenzen im Lehramtsstudium

Interkulturelle Kompetenz ist die Fähigkeit, mit Menschen zurechtzukommen, die andere kulturelle Hintergründe haben und miteinander sozial verträglich umzugehen. Wer interkulturell kompetent agiert, braucht Fertigkeiten, wie Toleranz, Selbstreflexion, Weltoffenheit, Respekt und viele weitere. Das Ziel dieser Kompetenz ist, dass Schüler_innen mit Migrationshintergrund in ihrer bi- oder multikultureller Identität gestärkt werden und Mehrsprachigkeit gezielt positiv erlebt wird. Die interkulturelle Kompetenz kann man in die Bildung und Pädagogik einbauen, um Perspektivenwechsel und einen respektvollen Umgang im Schulleben zu schaffen. Es muss mehr Toleranz institutionell vermittelt werden, um Chancengerechtigkeit zu fördern.

→ Wir fordern, daher dass im Lehramtsstudium interkulturelle Kompetenzen vermittelt werden.

Es ist uns auch wichtig, dass Lehrkräfte, die im Lehramtsstudium nicht über Integration aufgeklärt wurden, an einer Weiterbildung teilnehmen. Diese Weiterbildung soll verpflichtend sein und sich mit der Thematik “Integration und interkulturelle Kompetenz” befassen.

→ Wir fordern, dass Lehrer_innen bei verpflichtende Weiterbildungen zum Thema“Integration für Lehrkräfte” teilnehmen, sofern sie diese im Lehramtsstudium nicht erhalten haben.

Ein weiterer Weg, die interkulturellen Kompetenzen von Lehrpersonen zu fördern, stellt das Erlernen von weiteren Sprachen da. Die Kosten dieser sollten vom

Bildungsministerium übernommen werden, um die eventuelle finanzielle Hemmschwelle zu vermindern. Es sollte jedoch gewährleistet werden, dass auch ein direkter Benefit für Schüler_innen entsteht.

→ *Wir fordern, dass das Bildungsministerium etwaige Kosten für Sprachkurse für Lehrer_innen übernimmt, sofern diese mindestens eine_n Schüler_in mit jener Erstsprache unterrichtet und diese sich nicht in der dritten Stufe des oben beschriebenen Deutschförderungsmodells befinden.*

Kampagne zur Diversifizierung des Lehrpersonals

Vorbilder sind für die Entwicklung von Schüler_innen maßgeblich. Ausgehend vom Bewusstsein der Vielschichtigkeit der menschlichen Identität und der gleichzeitigen Zugehörigkeit eines Menschen zu mehreren Bezugsgruppen wird Unterschiedlichkeit als positiver Wert angesehen. Das erfahren Schüler_innen insbesondere in interkulturellen Begegnungen. Diversität wird für das Zusammenleben genutzt, um vielfältige Lerngelegenheiten zu schaffen. Die Begegnung mit Verschiedenartigkeit ist die Voraussetzung für die Aufgeschlossenheit, sich mit Vorurteilen kritisch auseinanderzusetzen. Daher ist es uns wichtig, dass Schüler_innen von einer diversen Gruppe an Lehrer_innen unterrichtet werden. Um das zu erreichen fordern wir eine Kampagne, welche auf die Diversifizierung des Lehrpersonals abzielt. Hierbei handelt es sich explizit nicht um eine Quote: Wir wollen Personen mit den verschiedensten Hintergründen dazu bewegen, sich für den Beruf der Lehrkraft zu bewerben.

→ *Wir fordern eine Kampagne, die darauf abzielt, mehr kulturelle, sprachliche, soziale und geschlechtliche Diversität ins Lehrpersonal zu bringen.*

Freier Zugang zu Computerräumen

Um sozioökonomische Ungleichheiten abzufedern, sollten Schulen ihren Schüler_innen auch außerhalb von Unterrichtszeiten Zugang zu Computerräumen zu schaffen. Dadurch bekommen Schüler_innen einen Raum, in dem sie in Ruhe lernen und arbeiten können.

→ *Wir fordern, dass Schulen ihren Schüler_innen auch außerhalb von Unterrichtszeiten Zugang zu Computerräumen verschaffen.*

[1] https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210902_OTS0172/ueber-30-der-schuelerinnen-und-schueler-in-wien-haben-eine-auslaendische-staatsbuergerschaft

[2] https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/factsheet-37-schule-und-integration-11045/

[3] In unserer Beschlusslage finden sich bereits detaillierte Ausführungen zum Konzept der gemeinsamen Schule sowie zu der flächendeckenden Implementierung der Ganztagsschule.